

PRESSEKONFERENZ

"Linzer Budget 2019 – Analyse und Ausblick" Erforderliche Sanierungsoffensive für Stadtfinanzen

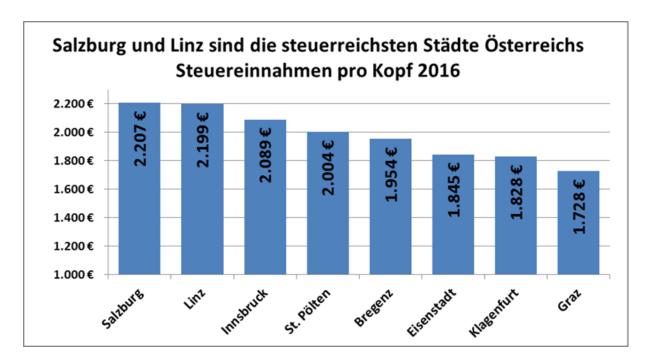
- Vize-Bürgermeister Mag. Bernhard Baier
- Klubobmann Mag. Martin Hajart

Dienstag, 11. Dezember 2018 11.00 Uhr Presseclub, Saal B

Gute Wirtschaftslage und sprudelnde Steuereinnahmen... trotzdem Ebbe in Linzer Stadtkasse!

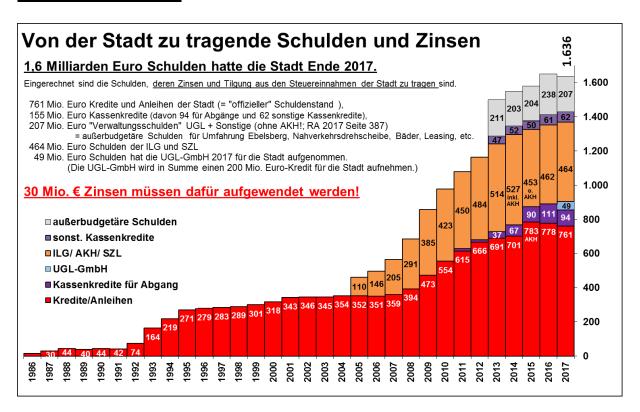
"Analyse ergibt ernüchterndes Bild, was aber nicht zu Schwarzmalerei führen darf!"

Die Linzer Wirtschaft als starkes Fundament, eine gute Konjunkturlage und sprudelnde Steuereinnahmen mit einem Plus von 20,1 Millionen Euro spülen insgesamt 479 Millionen Euro an Steuern in das städtische Budget 2019. Alleine 156,5 Millionen Euro an Kommunalsteuer (3 Prozent der Lohnsumme) machen Linz zu einer der steuerreichsten Städte Österreichs.

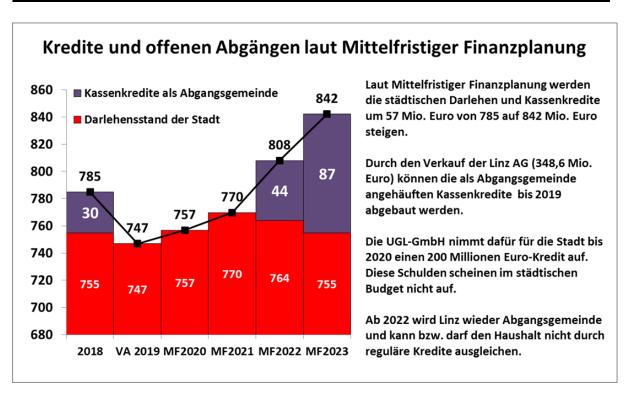


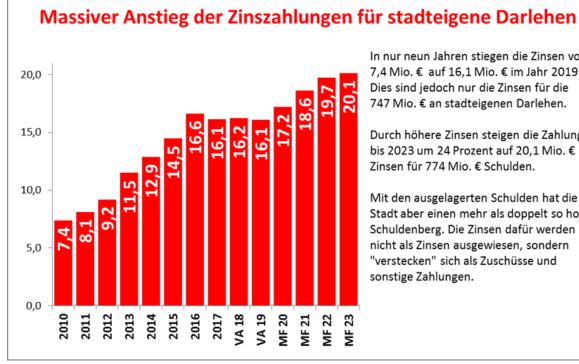
Angesichts der guten Konjunktur sollte eigentlich einem ausgeglichenen Budget nichts im Wege stehen. Doch der Schein trügt! Denn Linz hat einen im Budget ausgewiesenen Schuldenstand von 747 Millionen Euro mit einer Zinsbelastung von 16,1 Millionen Euro. Und das ist nur die halbe Wahrheit. Der Gesamtschuldenstand (inklusive der ausgelagerten Schulden) beläuft sich auf 1,6 Milliarden Euro! Mit einer Gesamtzinsbelastung von 30 Millionen Euro. Diese 30 Millionen fehlen der Stadt für dringend notwendige Investitionen. Denn derzeit ist es so, dass von den 479 Millionen Euro an Steuereinnahmen nur knapp 2 Millionen für Investitionen verwendet werden können. Viel zu wenig: Umgerechnet auf jeden einzelnen Linzer bzw. jede einzelne Linzerin wären das knapp 10 Euro Investment pro Kopf, andere Städte haben mehr als das 20-Fache.

Schulden der Stadt:



Trotz weiterer Auslagerung von Schulden in die UGL-Holding GmbH nehmen auch im städtischen Haushalt die Verbindlichkeiten bis 2023 zu.





In nur neun Jahren stiegen die Zinsen von 7,4 Mio. € auf 16,1 Mio. € im Jahr 2019. Dies sind jedoch nur die Zinsen für die 747 Mio. € an stadteigenen Darlehen.

Durch höhere Zinsen steigen die Zahlungen bis 2023 um 24 Prozent auf 20,1 Mio. € Zinsen für 774 Mio. € Schulden.

Mit den ausgelagerten Schulden hat die Stadt aber einen mehr als doppelt so hohen Schuldenberg. Die Zinsen dafür werden nicht als Zinsen ausgewiesen, sondern "verstecken" sich als Zuschüsse und sonstige Zahlungen.

Damit ist aber auch klar, dass die Stadt kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem hat. Wie eine dringend notwendige Kurskorrektur Richtung Konsolidierung aussehen könnte, hat der ehemalige Finanzreferent Forsterleitner 2016 gezeigt. Doch zwei Jahre später droht die Linzer Finanzpolitik unter Bürgermeister und Finanzreferent Luger wieder in alte Muster zu verfallen – man driftet vom Reformkurs ab. Notwendige Investitionen sind aus eigener finanzieller Kraft schon lange nicht mehr möglich, das Korsett wird damit enger.

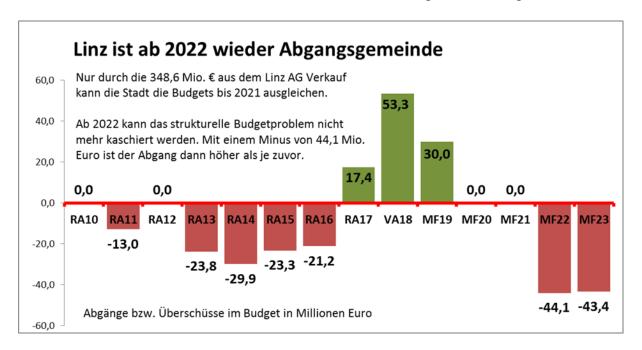
Die rot-blaue Rathaus-Mehrheit legt damit leider auch aktuell kein nachhaltiges Budget vor. An der Mittelfristigen Finanzplanung ist klar zu sehen, dass großteils Schulden ausgelagert werden, etwa durch den Verkauf der Linz AG (348,6 Millionen) an das neue städtische Holding-Konstrukt. Was sich im Jahr 2019 mit 100 Mio. Euro als außerordentliche Einnahme im Stadtbudget niederschlägt, reißt auf der anderen Seite ein entsprechendes Kredit-Loch in der neuen Holding.

Eine Auslagerung der Stadt-Schulden findet auch durch den Verkauf der Wohnungen an die stadteigene GWG (120 Millionen Euro) statt.

Diese Beträge führen zwar zu laufenden Einnahmen in der Stadtkasse, allerdings zu einem gleich großen Anteil an Ausgaben bzw. Kreditaufnahmen bei den stadteigenen Firmen, die so einer massiven Belastung ausgesetzt sind.

Linz wird im Jahr 2022 wieder zur Abgangsgemeinde

Durch den Verkauf der Linz AG und der städtischen Wohnungen an die GWG konnte man die finanzielle Schieflage der Stadt einige Jahre kaschieren. Doch nach dem (Wahl)-Jahr 2021 wird Linz 2022 mit einem Jahresergebnis von Minus 44 Millionen Euro, bzw. Minus 43 Millionen Euro im Jahr 2023, wieder zur Abgangsgemeinde. Dies sind die strukturellen Defizite der Stadt, die sich im Hintergrund verbergen.



Statt angekündigten "stabilen Finanzen" findet sich in der mittelfristigen Finanzplanung in den nächsten fünf Jahren ein Maastricht-Defizit von mehr als 170 Millionen Euro. Alleine 2019 wird das Ziel des Stabilitätspakts mit einem Minus von 47 Mio. Euro verfehlt. Für die Stadt Linz könnte diese Schulden-Verschiebepolitik aber auch noch ein Nachspiel haben. Denn laut Stabilitätspakt müssen in den Berechnungen auch die ausgelagerten Schulden berücksichtigt werden. Gelingt der Stadt kein Nulldefizit, drohen Strafzahlungen in der Höhe von 15 Prozent. Das wären im gegenständlichen Fall mehr als 25 Millionen Euro. Gemäß dem Stabilitätspakt sind die Gemeinden

verpflichtet einen ausgeglichenen Maastricht-Finanzierungssaldo vorzulegen. Die Stadt Linz kann diese Verpflichtung in der Mittelfristigen Finanzplanung nicht erfüllen.

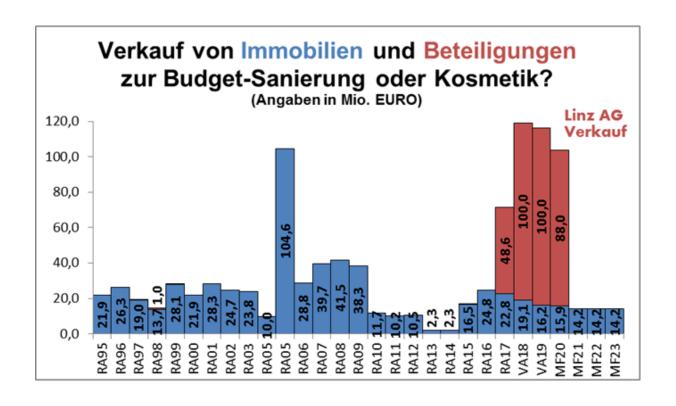
Daher wird die ÖVP am kommenden Donnerstag im Gemeinderat gegen die Mittelfristige Finanzplanung stimmen und grundsätzlich das Kapitel 9 (Finanzwirtschaft) ablehnen. Keine Zustimmung von der ÖVP gibt es auch bei den massiv angestiegenen Rechtskosten im Zuge der Aktenaffäre (verbucht im Budget-Kapitel Verwaltung).

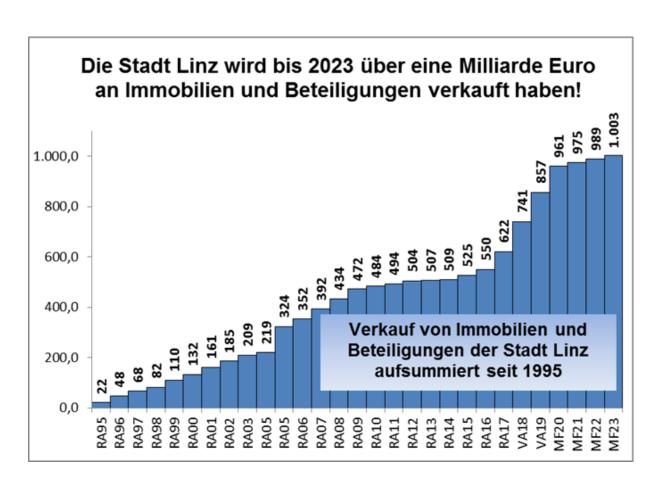
Vizebürgermeister Bernhard Baier: "ÖVP-Sanierungsoffensive für Stadtfinanzen!"

- Schon 1 Milliarde an städtischem Familiensilber verkauft
- Es braucht zusätzlichen finanziellen Spielraum, etwa zur Finanzierung der
 2. Straßenbahnachse

Seit 1995 bis einschließlich 2023 wird die Stadt 1 Milliarde Euro an Immobilien und Beteiligungen verkauft haben. Es muss uns bewusst sein, dass das Familiensilber großteils weg ist.

In der Grafik (siehe unten) ist klar ersichtlich, dass die Hälfte der Milliarde 2017, 2018 und 2019 verkauft wird. Die Substanz der steurreichen, ursprünglich sehr vermögenden Stadt Linz wurde zunehmend zur Budgetkosmetik, also um Schulden abzubauen, ausgehöhlt.





Was das für Linz so wichtige Projekt der Neuen Linzer Schienenachse betrifft, so findet sich im aktuellen Budget leider kein Cent dafür. Allfällige Zahlungen im Zusammenhang mit dem Swap sind im Budget ebenfalls nicht berücksichtigt.

"Es braucht einen klaren Konsolidierungs- und damit Reformkurs für die Stadtfinanzen", kommentiert Vize-Bürgermeister Bernhard Baier das für 2019 präsentierte Budget. "An den Fakten kommen wir nicht vorbei. Blicken wir aber nach vorne. Linz benötige eine strukturelle Trendumkehr", so Baier. Verantwortungsbewusstsein müsse ein "Leitgedanke" für eine gesunde Budgetpolitik sein. Eine "Mia san mia"-Politik, wie aktuell bei der einseitigen Auflösung des Theatervertrages durch Luger geschehen, sei dabei nicht hilfreich sondern ein fatales Zeichen in Richtung Kirchturmdenken.

Mit einem Stufenplan zur Konsolidierung will **Vize-Bürgermeister Bernhard Baier** einen Anstoß dafür geben, die massiv aus dem Lot geratenen Finanzen der Stadt Linz wieder ins Gleichgewicht zu bringen, um Linz so finanziellen Handlungsspielraum zu verschaffen:

 Kassasturz durch einen Wirtschaftsprüfer: Es braucht den nüchternen Außenblick eines von allen Seiten getragenen und akzeptierten "echten Sanierers". Eine gesamthafte Analyse der städtischen Einnahmen und Ausgaben samt ausgelagerter Bereiche sollte am Beginn stehen, um nicht nur die halbe Budgetwahrheit im Blickfeld zu haben.

2. Vorschläge zur Sanierung der Stadtfinanzen

- Konzentration auf Kernbereiche: Die ÖVP Linz tritt beispielsweise für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land im Kulturbereich ein, bis hin zur Errichtung einer gemeinsamen Kulturholding, die die in Linz befindlichen Kulturhäuser betrifft.
- Stärkere Kooperationen und Zusammenarbeit mit anderen Städten, Bezirkshauptmannschaften sowie dem Land OÖ.
- Stopp der städtischen Sonder-Finanzierung der Nachmittagsbetreuung in den Kindergärten (würde der Stadtkasse 2,3 Millionen Euro bringen).

 Echte Reformen im Inneren Dienst. Am Beispiel Aktenaffäre sieht man, dass anstatt einer fundiert aufgesetzten Reform nicht intelligent gespart wurde. Hier blieb viel Geld für die öffentliche Hand liegen bzw. kostet die Affäre nachträglich viel Geld.

<u>Diese Maßnahmen könnten des Weiteren dringend benötigtes Geld in die Stadtkasse spülen:</u>

- ÖVP-Vorschlag der Mieterprivatisierung beim Verkauf der städtischen Wohnungen an die GWG. Während die Umsetzung dieses Vorschlags beim Verkauf der 1. Hälfte der Wohnungen von SPÖ und FPÖ verabsäumt wurde, könnten die Verantwortlichen beim Verkauf der 2. Hälfte (2. Tranche) diesen wichtigen Schritt als Beitrag zur Konsolidierung setzen.
- Verkauf des Stadionareals auf der Gugl, sobald dieses nicht mehr als Fußballstadion benötigt wird, und Entwicklung als Wohngebiet unter moderater Dichte (was die Stadt Linz über die Bebauungsgrundlagen bzw. vertraglich festlegen kann).

Ziel muss es aus Sicht der ÖVP sein, den Schuldenberg nachhaltig abzubauen, keine neuen Schulden mehr anzuhäufen und Geld in Form eines "Zukunftsfonds" zu lukrieren, um wieder verstärkt Investitionen in die städtische Zukunft zu ermöglichen.